



## Gedenken an Eva-Maria Buch



Die SPD-Mariendorf hat heute am ehemaligen Wohnhaus im Hochfeilerweg 23a an das Schicksal von **Eva-Maria Buch** erinnert. Sie wurde am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Hierzu erklärte die SPD-Bezirksverordnete **Manuela Harling**:

*„Eva-Maria Buch gehörte zu denjenigen, die sich gegen das Naziregime aufgelehnt haben. Sie wurde von den Schergen des Regimes dafür ermordet. Wir wollen die Erinnerung an die Frauen und Männer, die im Nationalsozialismus mutig Widerstand geleistet haben, wachhalten. Sie haben sich gegen einen totalitären Unrechtsstaat gewehrt.“*

**Eva-Maria Buch** wuchs in einem katholischen Elternhaus auf, sie studierte Sprach- und Dolmetscherwesen an der Auslandshochschule der Berliner Universität und gab gelegentlich Sprachunterricht. 1940/41 arbeitete sie aushilfsweise in einem Buchantiquariat und machte dort die Bekanntschaft mit **Wilhelm Guddorf**. Der ehemalige Journalist arbeitete nach der Entlassung aus der KZ-Haft als Buchhändlergehilfe in dem Antiquariat. Guddorf gehörte zur Widerstandsgruppe **„Rote Kapelle“**, er verfasste Artikel und Flugblätter. **Eva-Maria Buch** unterstützte ihn durch das Übersetzen in die französische Sprache und sie versteckte ihn, als er in den Untergrund gehen musste.

**Eva-Maria Buch** wurde am 10. Oktober 1942 in der Wohnung ihrer Eltern im Hochfeilerweg 23a von der Gestapo festgenommen. Am 3. Februar 1943 wurde sie vom Reichskriegsgericht wegen ‚Vorbereitung zu

einem hochverbrecherischen Unternehmen und Feindbegünstigung‘ zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 zusammen mit zwölf weiteren Frauen und drei Männern der Widerstandsgruppe in Berlin-Plötzensee ermordet.

Gerade heute in Zeiten von Fake-News, von Hass und Hetze, vom Erstarren des Rechtspopulismus und immer größer werdenden Antisemitismus ist es unabdingbar, Zivilcourage zu zeigen und die Demokratie jeden Tag aufs Neue zu verteidigen. Das ist das Vermächtnis, dass uns die Männer und Frauen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, vermacht haben.“

In Berlin ist heute auch an die Widerstandsgruppe **„Rote Kapelle“** erinnert worden. In der ehemaligen NS-Hinrichtungstätte Plötzensee legten Mitglieder der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Kränze nieder. *Quelle: InfoRadio rbb*

Als **Rote Kapelle** fasste die Gestapo Gruppen zusammen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg geleistet haben. Dazu gehörten deutsche Freundeskreise um **Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, Ilse Stöbe** und weitere in Berlin/Brandenburg sowie unabhängig von diesen auch nachrichtendienstliche Widerstandsgruppen in Paris und Brüssel, die **Leopold Trepper** im Auftrag des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes (GRU) aufgebaut hatte. Entgegen der von der Gestapo erfundenen Legende war die **„Rote Kapelle“** weder kommunistisch gelenkt noch unter einheitlicher Leitung, sondern ein Netz einzelner Gruppen und Personen aus unterschiedlichen Regionen. Namentlich bekannt sind bis heute ca. 400 Personen der **„Roten Kapelle“**. Sie druckten illegale Flugblätter, halfen Juden und Oppositionellen und dokumentierten die Verbrechen des NS-Regimes. *Quelle: Wikipedia*

## Das passt nicht in diese Zeit!

### Bundesregierung will das Budget der Bundeszentrale für politische Bildung kürzen

Generationen von Schülern kennen die schmalen Heftchen, in denen ihnen die politische Welt kurz und verständlich erklärt wird. Fast jeder hat schon einmal die **„Informationen zur politischen Bildung“** in der Hand gehabt. Herausgegeben werden sie von der Bundeszentrale für politische Bildung, einer Institution, die seit 1952 besteht. Und genau hier soll jetzt wohl der Rotstift angesetzt werden. Das Bundesinnenministerium plant angeblich Einsparungen bei der Einrichtung. Das berichtet **DER SPIEGEL** und



beruft sich dabei auf einen Haushaltsentwurf aus dem Haus von Ministerin **Nancy Faeser** (SPD). Demnach soll um 20 Millionen Euro gekürzt werden – von aktuell 96 auf 76 Millionen Euro für das kommende Jahr.



Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, **Thomas Krüger**, bestätigte die Kürzungsabsichten bei einer Diskussionsveranstaltung im Wahlkreisbüro von **Michael Müller** am 27. Juli 2023.

Über den Haushalt entscheidet abschließend der Bundestag. Dementsprechend kann sich der Betrag noch ändern. Laut dem Bericht soll es innerhalb der Ampelkoalition Kritik an den Plänen Faesers geben.

### **Kritik bei Twitter: „Die Rechten wird's freuen“**

Der Dachverband der Einrichtungen politischer Bildung hat die Kürzungen in diesem Bereich durch die Bundesregierung kritisiert. Mit der deutlichen Verringerung der Mittel würden auch viele gemeinnützige Anbieter in diesem Bereich ihre Unterstützung verlieren, sagte der Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung (bap), **Wilfried Klein**, der Nachrichtenagentur **AFP**. Angesichts des Erstarkens extremistischer Kräfte seien diese aber mehr denn je nötig in der Demokratiearbeit.

Die bpb stellt neben Unterrichtsmaterial zu politischen und gesellschaftlichen Themen auch andere Broschüren und Bücher kostenfrei zur Verfügung. Das Institut beschreibt das Zentrum seiner Arbeit mit der „*Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation*“ – angesichts sinkender Wahlbeteiligung und steigender Werte für extreme Parteien ein wohl wichtiges Vorhaben, wie man Kommentaren auf Twitter entnehmen kann.

„Im März 2022 hat **Nancy Faeser** in ihrem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zugesichert: 'Politische Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus stärken.' 1,5 Jahre später ist das passé. Stattdessen

wird bei der bpb gekürzt. Die Rechten wird's freuen", schreibt ein Nutzer. Ein anderer twittert: „In dieser Zeit der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) die Mittel massiv zu kürzen, fühlt sich an, als wäre unsere Demokratie gestolpert und würde als Reaktion darauf ihre Schnürsenkel zusammenknuten.“

Das Institut entwickelt auch für Land- und Bundestagswahlen den „**Wahl-O-Mat**“: Mit verschiedenen Fragen können Wähler dort ermitteln, welche Partei bei Wahlen ihre Interessen am ehesten vertritt.

### **Ministerium: Rechtsextremismus wird weiter bekämpft**

Das Bundesinnenministerium hat die Kritik inzwischen zurückgewiesen. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung biete die Gewähr, dass „wichtige Vorhabens- und Programmlinien zur Stärkung der wehrhaften Demokratie (...) auch 2024 wirksam fortgesetzt werden“ könnten, teilte eine Sprecherin des Ministeriums mit. „*Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird dabei eine zentrale Aufgabe in der politischen Bildung bleiben.*“

„*Trotz der angespannten Haushaltslage bietet der Haushaltsentwurf der Bundesregierung die Gewähr dafür, dass das BMI seine unverzichtbare Arbeit auch in 2024 in allen Politikbereichen erfolgreich fortführen kann*“, erklärte die Sprecherin. „*Dies gilt auch für den Politikbereich Gesellschaft, Verfassung, Heimat und Sport, für den insgesamt ein Budget von 640 Millionen Euro eingeplant ist. Aus diesen Mitteln wird unter anderem die politische Bildung gefördert.*“

Quelle: t-online Nachrichten für Deutschland

Die Äußerungen des BMI sind nicht nachvollziehbar und ein hilfloser Rechtfertigungsversuch. Der Bundeszentrale 20 Prozent ihres bisherigen Budgets zu kürzen, ist ein harter Einschnitt, der nicht ohne Folgen bleiben kann. Wie die Bundesregierung so die „Gewähr“ bieten will, „*seine unverzichtbare Arbeit auch im Jahr 2024 in allen Politikbereichen erfolgreich fortzuführen*“, bleibt vorerst ihr Geheimnis.

In Magdeburg nominiert gegenwärtig unverdrossen die AfD weiter ihre Kandidaten für das Europäische Parlament, die nur ein Ziel im Auge haben, das der Faschist **Björn Höcke** so formulierte: „*Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann.*“

**Ed Koch**